Archiv der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn
FEB 1965

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/25 Bonn, den 5. Februar 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen :
1 - 1a	Für alle Welt deutlich Nach der Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten	83
2 - 3	Europäisches Rechtsbewußtsein Nicht legalistische Theorie ! Von Hannsheinz Bauer, Würzburg, MdB	98
4	Vorbilder der deutschen Jugend Ein Mahnmal gegen Unrecht und Unfreiheit Von Wolfgang Schwabe, MdB	43
5	Kongreß der freien Gewerkschaften Amerikas Absage an kommunistische Infiltration Von Paul Haupt	52

* *
*

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach
Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 2 19 01 / 3 19 • Redaktion 2 18 31 / 32 • Telex: 8 886 890
Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Für alle Welt deutlich

Nach der Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten

G.M. - Staatspräsident de Gaulle hat auch diesmal wieder weder seine Freunde noch Gegner enttäuscht. In der großen, mit Spannung erwarteten Pressekonferenz am Donnerstag gab er jedem von ihnen Einblick in seine Vorstellungen von der Neuordnung der Welt. Die Freunde des französischen Staatspräsidenten können sagen, de Gaulle habe visionär in die Zukunft geblickt und halte sich nicht mit den Kleinigkeiten auf; seine Gegner, er sei zwar ein großer Mann, neige jedoch zur Unterschätzung gewisser Realitäten.

* Die Deutschlandfrage behandelte de Gaulle mit der ihm eigenen
* Souveränität jenseits der Vorstellungen, die bisher Paris und
* Bonn sowie die anderen Staaten des freien Europa gemeinsam
* entwickelt haben. Er unterließ es ausdrücklich, die Vier-
* Mächte-Verantwortung für Deutschland zu erwähnen und meinte
* dagegen, die Wiedervereinigung Deutschlands müsse ausschließlich
* von den Europäern angestrebt werden.

Mit Wärme sprach der französische Staatspräsident von seinem Treffen mit Bundeskanzler Erhard auf Schloß Rambouillet, bezeichnete die Wiedervereinigung Deutschlands als die Voraussetzung für eine Friedensregelung in Europa, fügte jedoch gleichzeitig hinzu, um dieses Ziel zu erreichen, müsse man unter Europäern, den westlichen und östlichen Nachbarn Deutschlands, über die Grenzen des wiedervereinigten Deutschland und dessen militärische Einordnung sprechen. Gemeint war wohl damit die Frage, ob Deutschland in den Grenzen von 1937 wieder vereinigt werden könne und wie sein zukünftiger militärischer Status aussehen solle.

* * *

Wie unter diesen Umständen Regierungssprecher Günther von Hase schon am Donnerstagabend - laut dpa - behaupten konnte, die Erklärungen des französischen Staatspräsidenten zum Deutschlandproblem entsprächen genau der von der Bundesregierung seit jeher verfolgten Politik, wird wohl noch lange das Geheimnis des offiziellen Bonn bleiben.

Es ist nur gut, daß Staatspräsident de Gaulle bei Darlegung seiner Visionen einräumte, was er sage, müsse auf lange Sicht gesehen werden. Damit wischte er jene von Bundeskanzler Erhard schon v o r dessen Besuch in Paris angekündigte "baldige Deutschlandinitiative" vom Tisch.

* * *

Auch sonst hatte Staatspräsident de Gaulle noch einige Überraschungen bereit. Er will Europa von der "Dollarhegemonie" freimachen und möchte die UNO wieder neu beleben, indem er die Einberufung einer Konferenz der Großmächte mit Einschluß Pekings fordert. Bei dem Hinweis auf die Notwendigkeit, auch Peking zu einer solchen Konferenz einzuladen, hat de Gaulle seinen alten Freund, den nationalchinesischen Machthaber auf Formosa, General Tschiang Kai-schek, endgültig in die Ecke gestellt. Für de Gaulle wird China durch Mao Tse-tung repräsentiert, was - der diplomatischen Ausdrucksweise entkleidet - bedeutet, die Amerikaner sollten aufhören, die Insel Formosa als einen

ihrer Hauptstützpunkte in Südostasien zu betrachten. - Man darf gespannt sein, was der CDU-Bundestagsabgeordnete Majonica, Vorsitzender des aussenpolitischen Arbeitskreises seiner Partei und Präsident der deutsch-nationalchinesischen Gesellschaft, jetzt sagen wird...

"Europa" stellt sich für den französischen Staatspräsidenten "vom Atlantik bis zum Ural" dar; natürlich nicht nur geographisch, sondern vor allem auch politisch. Kern eines solchen Europa sollen die EWG-Partner mit einer eigenen politischen und militärischen Führungsrolle sein.

* * *

Zusammengefaßt bedeuten die Ausführungen des französischen Staatspräsidenten, bei denen es an anerkennenden Worten für die bedrängte Situation Deutschlands, hervorgerufen durch die Spaltung, nicht fehlt, eine deutliche Abkehr von jenen Prinzipien, von denen die westliche Gemeinschaft bisher getragen ist.

* Nicht nur die Negation der Vier-Mächte-Verantwortung für
* Deutschland, sondern auch das Fehlen eines jeglichen Hinwei-
* ses auf die Atlantische Gemeinschaft, die das freie Europa
* mit den Vereinigten Staaten verbindet, ist für einen Mann
* wie de Gaulle ein Programm.

* * *

In der Bundesrepublik muß man sich jetzt darüber klar sein, daß de Gaulle trotz seines Hinweises auf die gute Atmosphäre bei den Gesprächen mit Bundeskanzler Erhard nicht daran denkt, die vom Bundestag e i n s t i m m i g beschlossene Präambel zum deutsch-französischen Freundschaftsvertrag zur Kenntnis zu nehmen oder deren Inhalt gar in seine Vision einzubeziehen.

* Des besseren Verständnisses wegen sei noch einmal daran er-
* innert, daß der Bundestag in dieser Präambel gemeinsam mit
* der Bundesregierung zum Ausdruck brachte, das besonders gute
* Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland dürfe auf
* keinen Fall die anderen von der Bundesrepublik eingegangenen
* internationalen Verpflichtungen blockieren.

Was de Gaulle über seine zukünftige Politik und besonders über sein Verhältnis zur Atlantischen Gemeinschaft sagte, ist schwer mit dieser Präambel in Einklang zu bringen.

* * *

Trotz allem ist es erfreulich, feststellen zu dürfen, daß der französische Staatspräsident bei seinen Darlegungen in der Pressekonferenz dem Deutschlandproblem einen so großen Platz einräumte. Die Bundesregierung wird daher jetzt noch intensiver als bisher versuchen müssen, die Visionen des französischen Staatspräsidenten mit den Realitäten der Welt ausserhalb Europas in Einklang zu bringen. Dieser Versuch setzt aber m e h r voraus, als jene unverbindlichen Worte, die von den deutschen und französischen Regierungssprechern nach dem letzten Treffen zwischen de Gaulle und Erhard gesprochen worden sind.

\+ \+ \+

Europäisches Rechtsbewußtsein

Nicht legalistische Theorie !

Von Hannsheinz Bauer, Würzburg, MdB

* Eine Empfehlung der Beratenden Versammlung des Europarates fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten zu sofortigen Maßnahmen als unmittelbare Reaktion auf, in dem Sinn, daß Verbrechen gegen die Menschlichkeit, insbesondere soweit sie auf politische, rassische oder religiöse Motive zurückgehen, nicht ungestraft bleiben und sieht für die Zukunft die Beauftragung eines Ausschusses von Regierungsfachleuten zum Zweck der Ausarbeitung einer Konvention in Richtung der Unverjährbarkeit von Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor. Sie wurde in der Beratenden Versammlung mit einer eindrucksvollen Mehrheit angenommen, nachdem der Verfasser dieses Artikels, als Sprecher der Sozialistischen Fraktion des Europarats in einer Rede auf der Basis dieser Gedanken die Entscheidung wesentlich beeinflußt hatte.

Die Redaktion

* * *

Die Beratende Versammlung des Europarates hat auf ihrer letzten Tagung eine Empfehlung an die Regierungen ihrer 17 Mitgliedsländer gerichtet, die eine Bestrafung von Verbrechen, welche in ihrem derartigem Ausmaß in der bisherigen Weltgeschichte ohne Beispiel dastehen, nicht nur ermöglichen, sondern auch sicherstellen soll. Diese Empfehlung ist eine zwingende Notwendigkeit nicht nur aus dem Sachverhalt selbst heraus, sondern vor allem wegen des Zeitdrucks, unter dem wir wegen des baldigen Ablaufs der Verjährungsfristen in einigen Ländern stehen.

Im Rechtsausschuß des Europarates und auch anderwärts ist die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht gegen fundamentale Rechtsprinzipien verstoße, rückwirkend gesetzlich - zum Teil in Verfassungen - also materiell-rechtlich garantierte Fristen beiseite zu schieben und damit womöglich in die Nähe einer gewissen Rechtsauffassung zu gelangen, die ihrerseits keine Bedenken gehabt hat, althergebrachte Normen in krasser Rückwirkung zu beseitigen.

Die Frage muß anders gestellt werden: Ist es denn nicht so, daß die hier offenbar gewordenen Vorgänge überhaupt alle überkommenen Begriffe gesprengt haben? Es wurde im Rechtsausschuß des Europarats richtig gesagt, daß das einzelne - wenn auch aus rassischen, politischen oder religiösen Gründen verübte - Tötungsdelikt, vielleicht auch noch ein zweites, nicht unbedingt ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen muß: für die Ahndung reiche hier das normale Strafrecht völlig aus. Entscheidend ist vielmehr dies: der in der Kriminalgeschichte in diesem Umfang und in diesen Auswirkungen sichtbar gewordene Begriff des Massen- und Völkermords ist doch deshalb absolutes juristisches Neuland, weil er in dieser grausamen, bewußt g e w o l l t e n Organisation und Perfektion kein Vorbild hat.

Der Gesetzgeber hat also die Pflicht, auch die schlechteste der denkbaren Möglichkeiten einzukalkulieren. Können wir wirklich die Hand dazu reichen, daß die Ratten, die an jenen unfaßbaren Grausamkeiten beteiligt waren, nach Ablauf der Fristen aus ihren Löchern hervorkommen, aus Argentinien, Spanien und anderen Ländern in Gebiete zurückkehren, die am meisten unter ihren Taten zu leiden hatten und dort vielleicht den ruhigen Lebensabend verbringen, den sie ihren Opfern

nicht gegönnt haben? Wer kann garantieren, daß sie nicht unter ebenso geschickter wie rücksichtsloser Ausnützung der in den Verfassungen verankerten Grundrechte des demokratischen Rechtsstaates ihre "Memoiren" an eine gewisse Sensationspresse für Tausende von Mark verkaufen, ihre Taten nicht nur beschönigen, sondern rechtfertigen und neuerlich Propaganda machen? Insofern ist dieses Problem schon lange über eine reine Rechtsfrage hinausgewachsen und zum Politikum ersten Ranges geworden - man möchte mit allem Ernst und Nachdruck hinzusetzen: eine Regelung auf diesem Sektor sollte zum moralischen Imperativ erhoben werden.

Es ist in der Diskussion der Beratenden Versammlung des Europarates nicht nur auf Verbrechen vor und während des zweiten Weltkrieges, sondern auch auf solche n a c h diesem Krieg verübte Verstöße - z.B. im Rahmen der Austreibungen - hingewiesen worden. Wir sollten den Mut zur Wahrheit in der Richtung haben, daß in der unglückseligen Kausalkette der Oberbegriff des "Verbrechens gegen die Menschlichkeit" im Sinn der Massentötung und auch von Massendeportationen an der Spitze gestanden und vieles andere nach sich gezogen hat. Gleichwohl sind auch diese Taten in diesem Zusammenhang nicht zu übersehen.

Auf die Erfassung und Kodifizierung der erwähnten Delikte gegen die Menschlichkeit als Massenproblem und Angelpunkt kommt es jedoch primär an. Sicher ist die Behauptung richtig, daß es Unmenschlichkeiten und Grausamkeiten auch in einem über den Einzelfall hinausgehenden Rahmen geben wird, solange es Menschen gibt. Der hier zur Diskussion stehende Komplex aber ist so einmalig und so ohne geschichtlichen Präzedenzfall, daß auf der Ebene des übergebietlichen und internationalen Rechts die Schaffung von Rechtsnormen in die Hand genommen werden muß, die gerade hier eine ausreichende Verfolgung und Bestrafung für die Zukunft gewährleisten.

Wir wollen, daß alle geeigneten Mittel überlegt und eingesetzt werden, um die Bestrafung dieser Delikte gerade aus der Vergangenheit nach 1933 zu garantieren. Man könnte nun auf der einen Seite eine Fristverlängerung dadurch erreichen, daß man den Beginn des Funktionierens einer normalen Gerichtsbarkeit einige Jahre hinter das eigentliche Kriegsende legt und damit die Frist um etwa 5 Jahre verlängert. Ich hätte für meine Person auch keine Bedenken, die Verjährung bei Mord, d.h. bewußter und vorsätzlicher Tötung, überhaupt aufzuheben. Entscheidend ist jedenfalls, daß in den davon betroffenen Ländern etwas unternommen wird.

Der wichtigste Punkt nach Verabschiedung der Empfehlung ist, daß die angesprochenen Regierungen handeln und daß sie vor allen Dingen umgehend handeln. Wo sie zögern sollten, müssen wir als europäische Parlamentarier mahnen und drängen und unser Kontrollrecht ohne Bedenken und falsche Rücksichten wirksam werden lassen. Wenn diese Empfehlung mit überwältigender Mehrheit beschlossen wurde, so berechtigt diese Haltung des Europarats - unbeschadet des so traurigen Hintergrundes der Entstehungsgeschichte dieses Teufelskreises von Problemen - insofern zum Optimismus, als daraus entnommen werden kann, daß sich hier ein europäisches Rechtsbewußtsein zu entwickeln beginnt, aus dem wiederum die Hoffnung geschöpft werden darf, daß sich solche Dinge nicht wiederholen.

\+ + +

- 4 -

Vorbilder der deutschen Jugend

Ein Mahnmal gegen Unrecht und Unfreiheit

Von Wolfgang Schwabe, MdB

Lampertheim - mit seinen 20 000 Einwohnern seither vorwiegend als südhessische Spargelmetropole bekannt - gehört von nun an, dank der Tatkraft seines Flüchtlingspfarrers Maday, zu den nicht eben zahlreichen deutschen Städten, die ein markantes Gedenkzeichen für die Opfer der nationalsozialistischen Tyrannei besitzen.

Der am 2. Februar 1945 in Plötzensee hingerichtete Jesuitenpater Alfred Delp hat in seiner Heimatstadt zwanzig Jahre nach seinem Tod ein würdiges Mahnmal erhalten. Neben der ebenso schlicht wie eindrucksvoll renovierten Barockkirche in der Stadtmitte wurde aus rohen Sandsteinquadern eine Kapelle errichtet, die in mahnender Strenge an die Dumpfheit der Kerkers erinnert. Zum Altar der Hauptkirche hin ist eine Wand durchbrochen. Hier ist in der Gläubigkeit des streitbaren Priesters der Weg in die geistige, in die endgültige Freiheit aufgezeigt.

" Es wird der ganze Gebundene, der ganze Erlöste sein! "

So heißt es in einem seherischen Gedicht Werner Bergengruens, das während der Feierstunde als Chorsatz zum Vortrag kam.

Der Kapellenbau wurde aus Spenden von Privatpersonen, aus Zuwendungen der Gemeinden, des Kreises Bergstraße, des Landes Hessen und des Bundes sowie mit Hilfe der Kirche ermöglicht. Von diesem Zusammenwirken ausgehend wies Ministerpräsident Dr. Georg August Zinn auf die Gemeinsamkeit der Widerstandskämpfer hin, die sich aus den verschiedensten Lagern des kirchlichen und weltlichen Lebens zusammengefunden hätten. Im südhessischen Raum sei diese Gemeinsamkeit u.a. durch die Namen von Theo Haubach, Carlo Mierendorff und Pater Alfred Delp, Generaloberst Beck und Minister Leuschner verkörpert worden.

Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier war als Mitgefangener des Kreisauer Widerstandskreises der berufene Sprecher für eine Gedenkrede, die der atemlos zuhörenden Menschenmenge in der weiten Markthalle Prozeß, Urteil und Heimgang des jungen Paters eindringlich vor Augen führte.

Der Präsident des Deutschen Bundestags, Dr. Gerstenmaier, und Bundesratspräsident Zinn, zwei führende Persönlichkeiten unseres neuen demokratischen Staatswesens, beschworen noch einmal die Zeit herauf, wo der heldenhafte Widerstand gegen die Tyrannei alle weltanschaulichen und parteipolitischen Gegensätze zu überbrücken vermochte.

Es wird an uns allen liegen, ob solche mahnenden Worte ohne Resonanz verklingen dürfen, oder ob sie sich segensreich auszuwirken vermögen.

Die Widerstandskämpfer des "Dritten Reiches" haben sich bis zur letzten Konsequenz gegen Unrecht und Unfreiheit verzehrt. Sie sind damit zu Vorbildern der deutschen Jugend geworden. Ihre Gedenkstätten verdienen es, zu Wallfahrtsstätten unserer Jugend zu werden.

\+ + +

- 5 -

Kongreß der freien Gewerkschaften Amerikas

Absage an kommunistische Infiltration

Von Paul Haupt

Anfang Februar fand in Mexiko-City ein Kongreß statt, der auch in Europa große Beachtung verdient. Die ORIT, als interamerikanische Zweigorganisation dem IBFG, dem "Internationalen Bund Freier Gewerkschaften" angeschlossen, dessen Mitglied auch der DGB ist, hielt ihren sechsten Kongreß ab. Mit über 28 Millionen Einzelmitgliedern aus 38 Ländern Nord-, Mittel- und Südamerikas bildet sie die größte Massenorganisation des Kontinentes und die größte Zweigorganisation des IBFG. Sie ist die erste Gewerkschaftsinternationale, in der sich Gewerkschaften des ganzen amerikanischen Kontinentes auf die Dauer vereinten.

Eine Hauptlinie, die den Kongreß prägte, trug vor allem p o l i t i s c h e n und wirtschaftspolitischen Charakter. Schon die von dem damaligen chilenischen Gewerkschaftsführer Bernado Ibanez nach der Beendigung des zweiten Weltkrieges im Jahre 1948 gebildete lateinamerikanische Gewerkschaftsinternationale schlug die Brücke von Süd- zu Nordamerika und die ORIT ist, seitdem sie nach ihrer Gründung im Jahre 1951 die großen Gewerkschaftsverbände der USA mit den lateinamerikanischen vereinen konnte, ein Rückgrat für die Herausbildung einer gemeinsamen Politik des gesamten amerikanischen Kontinentes geworden. Die ORIT besitzt heute Konsultativstatus in allen interamerikanischen staatlichen Organen. Sie nimmt aktiv teil an den Bestrebungen für die Bildung einer panamerikanischen Wirtschaftsgemeinschaft und spielt eine führende Rolle in der Schaffung eines amerikanischen Gemeinschaftparlamentes.

Die politische Bedeutung des diesjährigen Kongresses der ORIT dürfte dadurch besonders gestärkt sein, daß bisher alle Bemühungen von kommunistischer Seite gescheitert sind, durch die Bildung einer lateinamerikanischen Gewerkschaftsinternationale unter neutralistischer Flagge das Tor für den Kommunismus wieder zu öffnen. Auf der anderen Seite gibt es auch noch Bestrebungen, den seinerzeitigen Plan Perons, eine besondere lateinamerikanische, gegen Nordamerika eingestellte Gewerkschaftsinternationale zu bilden, in neuer Form durchzuführen. Als dritter Gegner steht der ORIT die Christliche Gewerkschaftsbewegung gegenüber. Die christlich-katholische Gewerkschaftinternationale, die bisher eine nennenswerte Mitgliedschaft nur in Kanada besaß, dazu einige Verbände in wenigen südamerikanischen Ländern als Mitglieder verzeichnete, hat im Jahre 1958 in der Hauptstadt Chiles, Santiago, ein amerikanisches Zweigbüro eingerichtet, von dem aus eine aktive Propaganda für die Bildung christlicher Gewerkschaften und deren Zusammenfassung in eine Zweigorganisation der Christlichen Gewerkschaftsinternationale betrieben wird.

Fügt man hinzu, daß der Kongreß den Kampf, welchen die ORIT um die Gewerkschaftsfreiheit in den noch diktatorisch beherrschten Staaten Lateinamerikas führt, in harter, auf die Bildung eines demokratischen Kontinentes hinzielender Weise verstärkt, so ergibt sich seine Bedeutung für die europäische Demokratie. Wie in Europa der internationale gewerkschaftliche Kampf ebenso den Rechtsdiktaturen - Spanien und Portugal - wie den osteuropäischen kommunistischen Diktaturen gilt, stand auf der Tagesordnung die Ablehnung und Bekämpfung nicht nur der kommunistischen Diktatur in Kuba, sondern auch der reaktionären Rechtsdiktaturen, wie sie am schärfsten in Paraguay und Haiti zu verzeichnen sind.

+ + +